

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuß

14. Sitzung
am Donnerstag, dem 13. Februar 1997, 09:10 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Helmut Plüschau (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Der Vorsitzende, Abg. Hopp, eröffnet die Sitzung um 09:10 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Bericht des Landwirtschaftsministers über den aktuellen Sachstand zu den Themen BSE und Schweinepest

Nach dem Beschluß des Verwaltungsgerichtes Schleswig vom 12. Februar 1997 (Umdruck 14/508), dem Antrag einer aufschiebenden Wirkung zur Tötung von britischen Rindern, wie sie die Eilverordnung des Bundes verlange, zu folgen, berichtet M. Wiesen über den aktuellen Sachstand zum Thema **BSE**. Schleswig-Holstein werde einer neuen BSE-Verordnung im Bundesrat nur zustimmen, wenn diese erforderlich, begründbar, fachlich abgesichert und rechtlich durchsetzbar sei. Aus Gründen des Verbraucherschutzes werde das Landwirtschaftsministerium am 14. Februar 1997 ein Gespräch mit den Verbraucher- und Ernährungsverbänden sowie der Erzeuger-, Verarbeitungs-, Handels- und Vermarktungsseite zum Thema "Wege aus der BSE-Krise" führen.

Da es zur Anordnung der Tötung aller aus Großbritannien stammender Rinder unterschiedliche Gerichtsentscheidungen gebe, hält es Abg. Jensen-Nissen für um so dringlicher, zu einer einheitlichen Handlungsweise und zu einer vom Bundesrat sanktionierten Verordnung des Bundeslandwirtschaftsministeriums zu kommen.

Nach Auffassung von M. Wiesen wird in jedem Fall eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über die Zulässigkeit der in Rede stehenden Verordnung erforderlich werden. Um so größeren Wert lege man daher - wie gesagt - darauf, daß die Verordnung möglichst gerichtsfest sei.

Der Vorsitzende gibt bekannt, er wolle von der Landesregierung im Rahmen einer Kleinen Anfrage wissen, wie sie sich in BSE-Krisensitzungen in Bonn verhalten habe, appelliert an alle Verantwortlichen, in Sachen BSE "an einem Strang zu ziehen", und macht darauf aufmerksam, daß auch der Großteil der Bauern aus Gründen des Marktes für die Tötung der aus Großbritannien importierten Rinder sei.

ORR Hoppe-Kossak teilt mit, daß nach dem Beschluß des Verwaltungsgerichtes, der inhaltlich vor allem auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz abstelle, bei den Tierhaltern, die Widerspruch gegen die Tötungsanordnung eingelegt hätten, vorerst keine Tiere getötet würden.

MR Dr. Best teilt mit, daß Bundeslandwirtschaftsminister Borchert bereits in einem Gespräch mit den Ländern am 21. Januar 1997 seitens Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein darauf hingewiesen worden sei, daß man nach dem BSE-Fall in Höxter keine neue Rechtsgrundlage für eine Verordnung sehe, die die Tötung aller aus Großbritannien stammender Rinder anordne, weil "keine Gefahr in Verzug und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren ist". Während zweifelsohne alle Tiere getötet werden müßten, die über Sammelstellen nach Deutschland eingeführt worden seien, müsse die Verordnung im übrigen Ausnahmen zulassen und dürfe die Tötung nicht für alle Rinder mit dem Hinweis anordnen, sie seien seuchenverdächtig, nur weil sie aus Großbritannien importiert worden seien. Zur Übertragung der BSE-Krankheit von Tier zu Tier lägen bis heute keine Hinweise vor, die Ergebnisse der sogenannten Kohortenstudie zur maternalen Übertragung von BSE - 2 bis 10 % der Kälber steckten sich bei der Mutter an - stünden unter dem Vorbehalt einer abschließenden wissenschaftlichen Bewertung.

Abg. Siebke kritisiert, daß in den Niederlanden nach wie vor Fisch- und Tiermehl an Rinder verfüttert worden sei.

Auf eine Frage von Abg. Matthiessen sagt M. Wiesen zu, den Ausschuß über die Auswirkungen der jüngsten BSE-Diskussion auf das Verhalten der Verbraucher zu unterrichten.

Der Ausschuß faßt als Ergebnis den Wunsch und Appell zusammen, eine Beruhigung und Versachlichung der öffentlichen Diskussion zu erreichen.

Sodann informiert MR Dr. Best den Ausschuß über die jüngst in Deutschland aufgetretenen Fälle von **Schweinepest**. Die im Januar im Kreis Paderborn ausgebrochene Schweinepest sei darauf zurückzuführen, daß ein Landwirt unerlaubt Speiseabfälle aus einer NATO-Kaserne ohne vorherige Erhitzung verfüttert habe. Das Problem der in Mecklenburg-Vorpommern auftretenden Schweinepest werde durch die grassierende Wildschweinepest verschärft. Eine Abschottung zu Mecklenburg-Vorpommern sei kaum möglich, gleichwohl müßten in bezug auf den enormen Ferkelüberschuß in Mecklenburg-Vorpommern strukturelle Maßnahmen getroffen werden, zum Beispiel Stützungsmaßnahmen der EU zum Bau von Mastbetrieben in

Mecklenburg-Vorpommern. Außerdem seien Fälle von Schweinepest im Landkreis Lüchow-Dannenberg sowie in Bayern aufgetreten. Daraufhin habe die EU beschlossen, daß aus den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Bayern keine Nutz-, Zucht- und Schlachtschweine in die Gemeinschaft eingeführt werden dürften; innerstaatlich dürften Schweine aus Schweinepestrisikogebieten nur unter bestimmten Auflagen verbracht werden. Angesichts der dramatischen Entwicklung in den Niederlanden sei das gesamte Schweineproduktionsgebiet in Holland für den Export von Nutz-, Zucht- und Schlachtschweinen gesperrt worden.

Weil sich eine innerstaatliche Abschottung von Mecklenburg-Vorpommern gegenüber dem Bundeslandwirtschaftsminister offensichtlich nicht durchsetzen lasse, hätten die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen Erlaß herausgegeben, der an die Verbringung von Schweinen aus Mecklenburg-Vorpommern eine ganze Reihe von Auflagen knüpfe, so daß es für die schleswig-holsteinischen Tierhalter möglichst unattraktiv werde, Schweine, insbesondere Ferkel, aus Mecklenburg-Vorpommern zu kaufen; genauso habe Belgien gegenüber den Niederlanden reagiert. Über einen Aufruf im "Bauernblatt" versuche man, den Bestand der bereits aus Holland nach Schleswig-Holstein eingeführten Schweine, die wegen des Seuchenverdachts grundsätzlich einer amtsärztlichen Untersuchung zuzuführen seien, zu ermitteln.

Der Vorsitzende erinnert an dieser Stelle daran, daß die schleswig-holsteinische Landwirtschaft den Eigenbedarf an Mastferkeln mangels Sauen leider nicht decken könne.

Abg. Siebke spricht sich dafür aus, in Sachen Schweinepest eine "harte Linie" zu verfolgen.

Abg. Jensen-Nissen problematisiert die Politik der EU in Sachen Impfung sowie den Transport von Schweinen aus nicht gesperrten Gebieten durch Risikogebiete.

Auch MR Dr. Best spricht sich für die Impfung aus, zumindest in schweinedichten Gebieten wie in Holland, und teilt mit, daß ein von der Firma Bayer entwickelter, wissenschaftlich überprüfter Schweineimpfstoff sofort angewendet werden könnte.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Hopp
Vorsitzender

gez. Schmidt
Stellv. Geschäfts- und Protokollführer